

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Tom Koenigs, Omid Nouripour, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/13729 –**

Aufnahme afghanischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundeswehr in Deutschland

A. Problem

In Afghanistan arbeiten etwa 1 500 Ortskräfte für die Bundeswehr, weitere für andere deutsche Organisationen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der Ansicht, allen afghanischen Ortskräften, die für die Bundeswehr tätig sind, und ihren engen Familienangehörigen müsse die Aufnahme in Deutschland ermöglicht werden, um sie vor Repressalien nach dem Abzug der Bundeswehr zu schützen. Für Ortskräfte, die für andere deutsche Organisationen tätig sind, und ihren engen Familienangehörigen müsse eine vergleichbare Regelung gefunden werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/13729 abzulehnen.

Berlin, den 26. Juni 2013

Der Innenausschuss

Wolfgang Bosbach
Vorsitzender

Clemens Binninger
Berichterstatter

Rüdiger Veit
Berichterstatter

Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Josef Philip Winkler
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Clemens Binniger, Rüdiger Veit, Hartfrid Wolff (RemsMurr), Ulla Jelpke und Josef Philip Winkler

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/13729** wurde in der 244. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. Juni 2013 an den Innenausschuss federführend sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Verteidigungsausschuss und den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 88. Sitzung am 26. Juni 2013 empfohlen, den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzulehnen.

Der **Verteidigungsausschuss** hat in seiner 145. Sitzung am 26. Juni 2013 die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen

der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 88. Sitzung am 26. Juni 2013 empfohlen, den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. abzulehnen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Innenausschuss** hat den Antrag in seiner 112. Sitzung am 26. Juni 2013 abschließend beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Berlin, den 26. Juni 2013

Clemens Binniger
Berichtersteller

Rüdiger Veit
Berichtersteller

Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Berichtersteller

Ulla Jelpke
Berichterstellerin

Josef Philip Winkler
Berichtersteller

